

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
200 · Ausgabe BE · Juli 2022



Staub abwischen, aufstehen, weiterkämpfen

«Unless you win the tournament, you always go home as a loser. But you have to take the positive out of a defeat and go back to work.» In Anlehnung an Stan Wawrinkas Aussage soll der obige Titel umreissen, wie sich die SP-JUSO-Fraktion im Grossen Rat auf die nächste Legislatur einstellt.

Wir gehören zu den Wahlverlierern, sind im Vergleich zu 2018, inklusive PSA, nur noch 34 statt 40 Mitglieder. Unglaublich bedauerlich ist, dass sieben Bisherige nicht wiedergewählt wurden. Dies obschon die ganze Partei, die einzelnen Sektionen und Kandidat:innen alles gegeben haben. Wir waren präsent und haben mit Inhalten Wahlkampf betrieben.

Nun gilt es, vorwärts zu schauen: Denn wir sind die Partei, die umfassende Lösungen für die Zukunft parat hat: für den Menschen, für die Umwelt, für die Gesellschaft. Dieses Programm macht uns einzigartig. In der nächsten Legislatur stehen viele wichtige Weichenstellungen für die Zukunft des Kantons Bern an. Die Mehrheitsverhältnisse sind dieselben geblieben, es werden deswegen wohl nur bei vereinzelt Themen die von uns gewünschten Veränderungen möglich sein. In finanz- oder sozialpolitischen Fragen werden wir vermutlich keine Mehrheiten finden. Kommt es wie in den letzten vier Jahren zu leidigen Entscheiden des Grossen Rates, muss das Berner Stimmvolk wiederum Kurskorrekturen vornehmen. Und da können wir zusammen mit unseren Partnerorganisationen erfolgreich(er) sein. Bei gesellschaftspolitischen

und ökologischen Vorlagen hingegen sind eher Koalitionen möglich. Bei welchen Themen engagieren wir uns besonders?

- Noch in diesem Jahr wird unsere Elternzeit-Initiative beraten, sie wird 2023 zur Abstimmung gelangen. Wir müssen möglichst klar machen, dass dies eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit und für die Wirtschaft ein Gewinn ist.
- Bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Bildungswesen. Die Situation ist klar: Es herrscht Mangel an Arbeitskräften. Mit ein Grund ist die ungenügende Entlohnung. Hier braucht es endlich spürbare Verbesserungen.
- Kitas und Tagesschulen gehören zum Service public. Sie sollen kostenlos für Eltern werden. In einem ersten Schritt müssen die Tarife in jedem Fall für Familien tragbarer werden.
- Nicht nur in der Stadt und Agglomeration, auch in ländlichen Regionen braucht es eine für alle zugängliche, gute Gesundheitsversorgung. Die Hausarztmedizin muss dabei eine zentrale Rolle spielen. Der Kanton soll hier mehr steuern und fördern.

- Die Gesundheitsprävention muss vermehrt transdisziplinär angegangen werden. Es braucht Förderprogramme, die die Gesundheitskompetenz aller Menschen verbessern.
- Die Mobilität trägt entscheidend zur Klimaerhitzung bei. Deshalb muss der ÖV auch in den Agglomerationen und ländlicheren Gebieten attraktiver werden. Zudem bietet sich der Veloverkehr für kürzere und mittlere Distanzen an. Hier braucht es sichere und rasche Verbindungen.
- Um die fossilen Energieträger zu ersetzen, braucht es einen massiven, raschen Ausbau der Erneuerbaren. Der Kanton Bern hat in der Wasserkraft, in der Solar- und Windkraft ein grosses Ausbaupotenzial. Da braucht es einen kräftigen Schub in der Realisierung.

Dies sind einige der Themen, für die sich die Fraktion in der nächsten Legislatur einsetzen wird. Dank vielen Kompetenzen unserer Mitglieder, guter Verankerung in den Regionen und zahlreichen Engagements in uns nahen Organisationen kann es uns gelingen, Erfolge zu erzielen. Wir sind hoch motiviert, auch wenn es dafür in unserem Kanton einen langen Atem braucht. Und man immer wieder weiterkämpfen muss.



Mit der Elternzeit gegen den Fachkräftemangel

Der Berner Regierungsrat hat Stellung genommen zu unserer Elternzeitinitiative. Zwar befürwortet der Regierungsrat im Grundsatz eine Elternzeit, aber er bevorzugt eine eidgenössische Lösung und lehnt die Initiative deshalb ab.

Mit unserer Elternzeitinitiative soll im Kanton Bern zusätzlich zum eidgenössischen Mutter- und Vaterschaftsurlaub eine Elternzeit von 24 Wochen eingeführt werden. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass eine echte Elternzeit die Beziehung zwischen Eltern und Kind stärkt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und die Gleichstellung von Frau und Mann fördert. Deshalb wäre eine echte Elternzeit ein riesiger Fortschritt für die Berner Bevölkerung. Im Grundsatz spricht sich der Berner Regierungsrat denn auch für eine Elternzeit aus. Aber er bevorzugt eine Lösung auf eidgenössischer Ebene und lehnt deshalb unsere Initiative ab.

Fortschrittliche Kantone müssen vorangehen

Es ist erfreulich, dass der mehrheitlich bürgerliche Regierungsrat die Einführung einer Elternzeit befürwortet. Aber indem er die Initiative mit dem Verweis auf die eidgenössische Ebene ablehnt, bringt er das Anliegen nicht vorwärts. Das ist nicht nur mutlos, sondern auch fahrlässig in Anbetracht des wach-

senden Fachkräftemangels. Es ist nichts Neues, dass die Kantone bei der Einführung von sozialen Reformen vorangehen, so zum Beispiel bei der AHV oder dem Frauenstimmrecht.

Solange es auf eidgenössischer Ebene nicht vorwärts geht mit der Elternzeit, müssen fortschrittliche Kantone den Lead übernehmen. Dadurch verschaffen sie sich einen Standortvorteil, denn familienfreundliche Rahmenbedingungen werden für Unternehmen und Mitarbeitende immer wichtiger. In Zeiten des akuten Personalmangels in vielen Branchen wie beispielsweise der Pflege und der Bildung wie auch dem Gewerbe ist eine Elternzeit ein entscheidender Faktor. Will der Kanton Bern nicht ins Hintertreffen geraten, muss er für Familien attraktiver werden und in die Zukunft investieren. Gerade für einen KMU-Kanton wie Bern ist eine Elternzeit besonders wichtig. Grosse Unternehmen haben das längst gemerkt und sie teilweise schon freiwillig eingeführt, weil sie wissen, dass es positiv für das Geschäft ist. Dank der kantonalen Elternzeit können auch Berner KMU davon profitieren.

Höhere Erwerbsquote deckt Kosten

Weiter begründet der Regierungsrat seine Ablehnung mit den Kosten einer Elternzeit. Allerdings darf eine Elternzeit aufgrund der vielen positiven Auswirkungen durchaus etwas kosten. Die Kinderbetreuung ist auch heute nicht gratis, sondern wird von den Familien und insbesondere von den Müttern über unbezahlte Arbeit finanziert. Heute reduzieren vor allem Frauen ihre Arbeitszeit ab der Geburt des ersten Kindes stark. Dafür bezahlen sie mit Einbussen beim Lohn und bei den Sozialversicherungen sowie tieferen Renten. Mit einer echten Elternzeit könnte hier endlich Abhilfe geschaffen werden. Zudem zeigen Modellrechnungen der EU, dass der volkswirtschaftliche Nutzen einer Elternzeit die Kosten aufwiegt. Dank der Elternzeit steigt gerade bei den Frauen die Erwerbsquote, was genügend zusätzliche Steuereinnahmen einbringt, um die Kosten der Elternzeit zu decken.

Die Elternzeitinitiative wird nun in der zuständigen Kommission vorberaten und kommt dann gegen Ende dieses Jahres in den Grossen Rat. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich im nächsten Jahr statt.

Mehr Informationen unter: elternzeit.be



Clara Wyss, Product Managerin, und
Vanessa Bieri, Sekretärin GsoA,
Co-Präsidentinnen SP Frauen Kanton Bern

Neues Co-Präsidium der SP Frauen

An der Hauptversammlung der SP Frauen Kanton Bern am 9. April gab es nicht nur Änderungen im Leitungsgremium, es wurde auch ein neues Co-Präsidium gewählt. Diese Veränderung möchten wir zum Anlass nehmen, um uns als neues Präsidium vorzustellen und unsere Arbeit und unsere Visionen für die nächsten Jahre zusammenzufassen.

Das «Frauenjahr» 2019 hat gezeigt, dass es auch im Kanton Bern viele Frauen gibt, die sich aktiv für einen feministischen Kanton und eine feministische Gesellschaft einsetzen möchten. Und die neuen Kollektive und Gruppierungen, die sich seither gebildet haben und aktiv sind, zeigen auf, dass eine neue feministische Bewegung entstanden ist, welche nicht so schnell wieder verschwinden wird. Darum ist es nun an der Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen und den Aktivismus der Strasse auch in die Partei und das Parlament zu tragen und auch aufrechtzuerhalten. Denn bereits drei Jahre später spürt man auch in der «Gleichstellungspartei» wieder kritische Stimmen und die Euphorie flacht langsam ab. Dabei sind wir erst am Anfang!

Zunächst wird es wichtig sein, bei den nächsten National- und Ständeratswahlen 2023 die 2019 gewählten Frauen zu bestätigen. Das wird nicht nur für uns als neues Prä-

sidium eine grosse erste Aufgabe, denn es braucht nicht nur einen weiteren starken Frauen-Wahlkampf, sondern vor allem auch eine geeinte Partei mit einem gemeinsamen Ziel. Und das beinhaltet vor allem auch den Ständeratssitz, den wir nun wieder mit einer Frau besetzen können und so ein starkes Zeichen setzen für eine feministische Zukunft.

Die feministische Zukunft

In dieser Zukunft wollen die SP-Frauen Kanton Bern die feministische Position vor allem innerhalb der Partei stärken, die Frauen und ihre Parteiarbeit sichtbar und hörbar machen und sie für die Parlamentsarbeit ausrüsten. Denn wir haben zwar die Politikerinnen, aber sie brauchen auch unseren Rückhalt und unsere Unterstützung. Und diese Unterstützung brauchen wir nicht nur in Bundesbern, sondern im ganzen Kanton.

Wir haben das Privileg, in einem unglaublich vielseitigen Kanton zu politisieren, und das wollen wir nutzen, auch wenn es einen Mehraufwand bedeutet. Denn «für alle statt für wenige» gilt auch für jede Bäuerin, welche im Scheidungsfall alles verliert, weil sie alles in den Hof ihres Partners gesteckt hat.

«Für alle statt für wenige»

Wir haben damit nichts weniger vor als die Verteidigung der feministischen Errungenschaften der letzten Jahre und die Weiterführung der Arbeit unserer Vorkämpferinnen. Dafür brauchen wir nicht nur unser grossartiges Leitungsgremium, sondern jede einzelne Genossin, jeden Genossen, alle dazwischen und ausserhalb, denn das ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Kampf. Und dieser Kampf darf nicht schon an den binären Grenzen scheitern, ebenso wenig an den politischen.



Neue Gesichter in der Grossratsfraktion



Katharina Ali-Oesch, Thun
Lehrerin, wohnt in Thun



Karim Said, Biel-Seeland
Lehrer Sekundarstufe II, Mathematiker,
wohnt in Biel

AGENDA 2022

- **Mittwoch, 31. August**
Parteitag in Bern
- **Sonntag, 25. September**
Abstimmungen
- **Mittwoch, 2. November**
Parteitag in Bern
- **Sonntag, 27. November**
Abstimmungen

Alle verrückt

Es macht mich irre, wie irre die Welt geworden ist.

Ich höre zu, wie im Berner Kantonsparlament ernsthaft darüber debattiert wird, ob Pferdewurmmittel nicht ein super Heilmittel gegen Corona wäre. Ich lese ungläubig von Nationalräten, die sich offen rassistisch äussern. Ich sehe entsetzt, wie Menschen, die in der friedlichen Schweiz leben, ihre Solidarität mit dem Kriegstreiber Putin bekunden. Ich nehme irritiert zur Kenntnis, dass wir, während uns die Welt unter dem Hintern wegbrennt, darüber diskutieren, ob es den Klimawandel gibt, und nicht, wie wir ihn aufhalten können.

Wann ist die Meinungsfreiheit, ein so kostbares Gut, eigentlich zum Deckmantel für Lügen und Hetze geworden? Wann ist es wichtiger geworden, ums Verrecken gegen den «Mainstream» zu schwimmen, als

Rote Feder



einfach zusammen das Richtige zu tun? Und warum darf man verletzenden, dummen oder falschen Aussagen nicht mehr widersprechen, ohne dass gleich das Ende der Demokratie vorhergesagt wird?

Warum soll es schädlich für die Demokratie sein, Dinge richtig zu stellen? Wenn eine Blume nicht genug Licht und Wasser hat, stirbt sie. Bei der Demokratie ist es doch genauso. Nur, dass sie Menschlichkeit und Fakten braucht, um gesund zu bleiben. Wir retten die Demokratie nicht, indem wir jeden Scheiss, der behauptet wird, einfach schweigend akzeptieren.

Hören wir auf damit, uns das ständig einreden zu lassen. – Und jetzt gehe ich Pferdewurmmittel essen, denn das hilft gegen den Klimawandel! (Meine Meinung!)

Désirée Fessler,
SP Langenthal

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spberrn



@spkantonbern



@spkantonbern